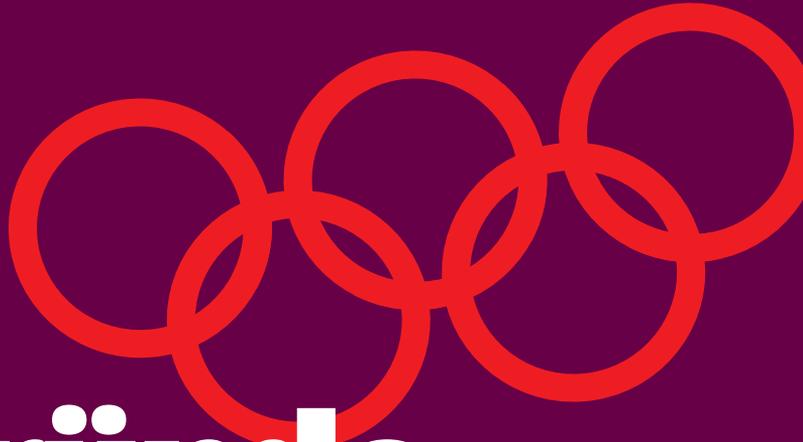


Kein Olympia in München!

Infobroschüre zu Olympia
und den Konsequenzen
für Stadt und Menschen.



5 Ringe –

7 Gründe

gegen Olympia

Die Linke

im Münchner
Stadtrat

Die Linke im Münchner Stadtrat

Rathaus
Marienplatz 8, Zimmer 176
80331 München

Telefon: 089 233-25235

E-Mail:
dielinke-diepartei@muenchen.de

V.i.S.d.P.: Stefan Jagel

21. Mai 2025

Initiativen finden Sie unter:
www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Olympia in München?

Liebe Münchner*innen,

München ist in den letzten Jahren zunehmend zum Austragungsort verschiedener Großveranstaltungen geworden. Dabei hat die Stadt keine Mühen und Kosten gescheut, um den Großunternehmen alles recht zu machen. Ob bei der Automobilmesse IAA, der UEFA-Champions League oder der Fußball-Europameisterschaft. Damit einhergehend wurde der öffentliche Raum zunehmend kommerzialisiert und die Stadt hat für die Infrastruktur und die Sicherheitsmaßnahmen dieser Events mit Steuergeldern bezahlt – Steuergelder, die an anderer Stelle fehlen. Für das Tennis-Turnier BMW-Open wurden über 7 Millionen Euro aus den Töpfen des sozialen Wohnungsbaus genommen.



Wenn es überhaupt spürbar positive Effekte für die kommunale Wirtschaft gab, sind diese nur schwer zu beziffern. Zehn Jahre nachdem sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung gegen die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2022 ausgesprochen hat, wagt eine große Mehrheit im Rathaus einen neuen Versuch für die Sommerspiele 2040 oder 2044.

Hier wollen wir unsere Position und Argumente gegen eine erneute Bewerbung deutlich machen.

Ihr Stefan Jagel, Fraktionsvorsitzender
Die Linke im Münchner Stadtrat





Olympia in München?

1. Finanzielle Risiken

- 1.1. Bewerbungskosten
- 1.2. Betriebskosten
- 1.3. Gewinnausschüttung
- 1.4. Boost für die lokale Wirtschaft?

2. Vertragspartner IOC

- 2.1. Sonderrechte für das IOC
- 2.2. Korruption beim IOC
- 2.3. Dopingskandale

3. Nachhaltigkeit

- 3.1. CO2-Bilanz
- 3.2. Mobilität
- 3.3. Infrastruktur
- 3.4. Nutzung nach den Spielen

4. Soziale Schäden

- 4.1. Verdrängung
- 4.2. Mietsteigerung
- 4.3. Sicherheitsmaßnahmen

5. Einschränkung der Grundrechte

6. Rechtliche Fragen

7. Demokratische Mitbestimmung

8. Fazit

1. Finanzielle Risiken

Das finanzielle Risiko ist enorm und die Gefahren für die lokale Wirtschaft und die Zivilgesellschaft sind real. In den allermeisten Fällen konnten die Austragungsorte keine positive Bilanz erzielen. Großer Gewinner wird das IOC und seine Sponsoringpartner sein.

1.1. Bewerbungskosten

Erfahrungen zeigen, dass allein die Bewerbungskosten voraussichtlich um die 50 Millionen Euro betragen. Selbst wenn Bund und Land, wie angekündigt, einen Teil dieser Kosten übernimmt, bleibt ein Großteil der Kosten an der Stadt München hängen. Wie wir von anderen Sportgroßveranstaltungen und Prestigeprojekte in dieser Stadt wissen, würde das Geld dann bei freiwilligen Leistungen gekürzt, wie dem Sozial- oder Kulturbereich. Dass es bei den angesetzten 50 Millionen Euro bleiben würde, ist ebenfalls sehr unwahrscheinlich. Sollte München die Spiele nicht bekommen, sind 50 Millionen Euro zum Fenster hinausgeworfen.

1.2. Betriebskosten

50 Millionen Euro aus dem Fenster zu schmeißen, wäre finanziell aber immer noch besser, als die Spiele dann wirklich auszurichten. Auch die Betriebskosten sind erfahrungsgemäß extrem hoch und haben in der Vergangenheit viele Städte langfristig verschuldet. Zwischen 1962 und 2012 stiegen die Kosten für die Spiele durchschnittlich um 179%. Ein Extrembeispiel ist Montreal. In diesem Fall betrugen die tatsächlichen Kosten das 14-fache des Erwarteten. Angesichts der angespannten Haushaltslage Münchens ist das Szenario eines Haushaltskollaps sehr real. Auch die Spiele von Paris und London haben riesige Löcher im Haushalt hinterlassen und sind allesamt viel teurer geworden als ursprünglich angenommen.

1.3. Gewinnausschüttung

In der Schweiz als gemeinnütziger Verein eingetragen, ist das IOC längst eines der größten privatwirtschaftlich finanzierten Unternehmen der Welt. Mit Sponsoring, den Verkauf von Übertragungsrechten und anderen kommerziellen Aktivitäten fährt der Verein alle zwei Jahre Milliarden-Gewinne ein. Mit dem Host-City-Contract liegen so gut wie alle finanziellen Risiken bei der ausrichtenden Stadt und der Großteil der Gewinne beim IOC. Von dem Sponsoring profitieren wiederum riesige Unternehmen, wie Adidas oder Coca-Cola. Von den Übertragungsrechten profitieren vor allem Streaming-Anbieter. Auch die Athleten erhalten nur einen minimalen Anteil an den Einnahmen und dürfen keine individuellen Sponsorenwerbungen durchführen, weshalb viele neben ihrer Profikarriere Zweitjobs annehmen müssen.

1.4. Boost für die lokale Wirtschaft?

Die Behauptung, dass die lokale Wirtschaft einen „Boost“ durch die Olympischen Spiele erlebe, konnte von etlichen Analysen, unter anderem vom ifo-Institut 2024, nicht bestätigt werden. In manchen Fällen spürt das Dienstleistungs- und Einzelgewerbe sogar negative Effekte.

Das IOC schützt die Marke Olympia rigoros. In früheren Austragungsstädten wie London wurde das Geschäft von Händlern und kleinen Unternehmen unter Androhung hoher Strafen in bestimmten Bannmeilen stark eingeschränkt. Eine Art „Markenpolizei“ überwacht die Einhaltung dieser Beschränkungen.

Die „privilegierte Partnerschaft“ zwischen offiziellen Sponsoren und der Olympia-Familie führt zu skurrilen Aktionen: So mussten wegen der Markenvorschrift bei den Spielen in London sämtliche Fabrikationsnamen des Toilettenporzellans im Olympischen Dorf überklebt werden. Diese Maßnahmen führten zu Umsatzeinbußen für lokale Unternehmen und verstärkten die Abhängigkeit von den offiziellen Sponsoren der Spiele.

2. Vertragspartner IOC

Das IOC ist der große Profiteur der Olympischen Spiele, weshalb sich ein genauerer Blick auf die Organisation lohnt.

2.1. Sonderrechte für das IOC

Die Verträge, die die Gastgeberstadt mit dem IOC und seinen Partner schließen muss, sind sehr einseitig und wurden von Experten als „Knebelvertrag“ bezeichnet. Dem IOC werden umfangreiche Rechte zugestanden, während die Souveränität der Gastgeberstadt eingeschränkt werden. So enthalten sie etwa die Aufhebung aller Steuerauflagen (ergo das IOC und seine Partner müssten keine Steuern zahlen) und de facto juristische Immunität.

2.2. Korruption des IOC

Korruption und Spezlwirtschaft innerhalb des IOC sind gut dokumentiert. Trotz wiederholter Beteuerungen, diese Probleme anzugehen, bleiben grundlegende Reformen aus. Die Nähe des IOC zu autoritären Regimen verstärkt zudem den Eindruck mangelnder Transparenz und Integrität. Es gibt zahlreiche Beispiele für unethisches Verhalten, wie Stimmenkäufe bei der Vergabe der Spiele und fragwürdige Vergabeverfahren. Diese Praktiken sind mit den Werten einer demokratischen Stadt wie München nicht vereinbar.

2.3. Dopingskandale

Dazu wird die Bekämpfung von Doping vom IOC unzureichend umgesetzt. Beispielsweise wurden bei den Olympischen Spielen in Paris 2024 12% der Athleten nicht auf Doping getestet, darunter über 60 Medaillengewinner. Doch insbesondere in autoritären Staaten werden Verstöße, die die gesundheitliche Sicherheit der Athleten beeinträchtigen könnten, systematisch vertuscht. Obwohl das IOC eigentlich jedes Jahr Besserung gelobt, bleibt die „Dopingwende“ nach wie vor aus.

3. Nachhaltigkeit

Athlet*innen und Gäste aus der ganzen Welt an einem Austragungsort zu versammeln, ist per se kein sehr nachhaltiges Konzept. Seit den Olympischen Spielen von Paris wird aber immer wieder darauf verwiesen, wie nachhaltig die Spiele von Paris gewesen seien.

3.1. CO2-Bilanz

Das Ziel der Spiele von Paris war es, den CO2-Ausstoß im Vergleich zu den Spielen in Rio zu halbieren. Das wären immer noch 1,75 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent, ein bisschen weniger als der gesamte CO2-Ausstoß in München in 2024. Die französische Klimainitiative „The Shifters“ kommt im Nachhinein allerdings auf 2,1 Millionen Tonnen CO2. Knapp die Hälfte der Emissionen entfällt dabei auf die An- und Abreise der Gäste und Sportler*innen. Die Emissionen sollen im Nachhinein durch Waldprojekte ausgeglichen werden. Wissenschaftler*innen sehen den Effekt solcher Ausgleichszahlungen allerdings sehr kritisch.

3.2. Mobilität

In Paris wurden 15 Millionen Touristen erwartet. Kurze Wege sollten die Klimabilanz der Mobilität erheblich verbessern. Um all diese Menschen mit den öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) befördern zu können, wurde die Taktung erhöht, was allerdings auch zu einer Verdopplung der Ticketpreise geführt hat. Der öffentliche Nahverkehr in München ist derzeit am Limit und die zweite Stammstrecke wird aller Voraussicht nach frühestens 2037 fertig sein. Verzögerungen des Bauprojekts würden zu einer erheblichen Beeinträchtigung des ÖPNV führen.

Der Mehraufwand würde sehr wahrscheinlich auch die Ticketpreise in die Höhe schnellen lassen. Dabei haben sich bereits seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Dieter Reiter die Ticketpreise mehr als verdoppelt. Für den Transport der Athlet*innen wurden sogenannte „Olympic Lanes“ eingeführt, die den Auto- und Busverkehr erheblich einschränken.

3.3. Infrastruktur

Für die Olympischen Spiele müssen Veranstaltungsstätten und Infrastrukturen gebaut und umgebaut werden. Wie Spiele andernorts gezeigt haben, müssen einige der Neubauten im Nachhinein umgebaut oder zurückgebaut werden, was einen hohen Materialverbrauch verursacht und dem Grundsatz der Nachhaltigkeit widerspricht. Auch die Eingriffe in die Natur durch die Neubauten haben Auswirkungen auf den Landschaftsschutz und die Flächennutzung insgesamt.

Die Ausrichtung der Spiele wird immer wieder als innovativer Schritt für die Stadtentwicklung beschrieben, doch auch ohne Großevents gehört eine sozial gerechte, zukunftsweisende Daseinsvorsorge und Bereitstellung notwendiger Infrastrukturen zu den zentralen Aufgaben städtischen Handelns und ist kein „Geschenk“ der Olympischen Spiele. Vielmehr werden Infrastrukturausgaben auf olympiarelevante Bereiche konzentriert.

Die Infrastrukturbedarfe von Olympischen Spielen sind jedoch nicht identisch mit den Bedarfen des städtischen Alltags. Daher birgt die Ausrichtung solcher Veranstaltungen ein hohes Risiko, dass Infrastrukturprojekte, die nicht mit den Spielen verbunden sind, für mindestens ein Jahrzehnt verzögert werden oder aus Kostengründen gar entfallen müssen. Insbesondere für München steht noch nicht klar, wo ein neues Dorf für Athlet*innen entstehen soll und wo der Wettbewerb stattfinden soll.

Die Stadt hat den öffentlichen Wohnungsbau und den Ankauf von Grund und Boden in den letzten Jahrzehnten so vernachlässigt, dass es sehr unrealistisch erscheint, geeignete Flächen für einen sozialverträglichen Preis zu finden. Sollte dies doch möglich sein, dann würde der Grund und Boden besser für leistbaren Wohnraum genutzt werden.

3.4. Nutzung nach den Spielen

Auch ist nicht klar, wie es nach den Spielen mit den Bauten weitergehen soll. Werden die Unterkünfte dann zu Genossenschaften umgewandelt oder von der städtischen Wohnungsgesellschaft übernommen und zu sozialverträglichen Preisen vermietet oder wieder als Eigentumswohnungen verkauft, wie nach den Spielen 1972 im Olympiadorf. München braucht kein weiteres Quartier, das komplett zu Eigentumswohnungen wird. Da nicht zu erwarten ist, dass die Stadt München selbst den Bau eines ganzen Quartiers stemmen kann, wird es sich sehr wahrscheinlich auf eine Kompromisslösung hinauslaufen. Da wäre München besser dran, in zu Hundertprozent geförderten Wohnraum zu investieren.

4. Soziale Schäden

Bis jetzt hatten alle Spiele eine Kehrseite bezüglich der sozialen Auswirkungen für die Menschen in der Ausrichtungsstadt. Dass eine Stadt im Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit steht, setzt meist voraus, dass alles tadellos wirkt. Dafür muss alles, was nicht ins „perfekte“ Stadtbild passt, verdrängt. Besonders hervor tun sich hier die Spiele von Paris.

4.1. Verdrängung

Aktivist*innen in Paris bezeichneten die Zeit vor den Olympischen Spielen als „Ein Jahr der sozialen Säuberung“. Rund um das Olympische Dorf und in der Pariser Innenstadt kam es zu massiver Vertreibung. Kontrollen von Polizei und Behörden nahmen ebenso zu wie Zwangsräumungen, Vertreibungen und Zwangsverlegungen. Besonders betroffen waren dabei Obdachlose, Asylsuchende, Geflüchtete, Suchtkranke und Sexarbeiter*innen. Insgesamt wurden innerhalb eines Jahres 12.500 Menschen aus den Straßen verdrängt, unter Ihnen etliche Minderjährige. Ebenso wurden einige Auffanglager geräumt, um dem Geschäft mit dem Tourismus Platz zu machen.

4.2. Mietsteigerung

Verdrängt wird allerdings nicht nur von den Straßen, sondern auch aus den Wohnungen. Der Andrang an Touristen ist so enorm, dass internationale Investoren Wohnraum aufkaufen oder Mieter*innen gekündigt werden, um während der Olympischen Spiele mehr Geld einzunehmen. In den allermeisten Ausrichtungsstädten haben die Olympische Spiele zu massiven Mieterhöhungen geführt, wie etwa in Paris 2024, wo die Mieten um bis zu 85% gestiegen sind. Auch in London wurden Wohnungen, die üblicherweise 350 Pfund pro Woche kosten, nun für 6000 Pfund pro Woche angeboten würden. Aber auch langfristig ist mit einem Anstieg der Mieten zu rechnen, was gerade in einer Stadt wie München, wo die Mieten ohnehin schon absurd hoch sind, eine Katastrophe wäre.

4.3. Sicherheitsmaßnahmen während der Spiele

In Paris patrouillierten während der Spiele 2024 beispielsweise ca. 53.000 teils schwerbewaffnete Uniformierte, darunter 18.000 Soldaten in der Stadt. Überwachungstechnologien mit KI-Gesichtserkennung kamen großflächig zum Einsatz. In London wurden 2012 Raketenstellungen auf Wohnhäusern und in Parks installiert. Andauernde Patrouillen von Sicherheitskräften schränkten die Bewegungsfreiheit ein. Paris wurde während der Olympischen Spiele in Zonen aufgeteilt. Der Zugang zu bestimmten Zonen, sogenannten Anti-Terror-Zonen, wurde streng kontrolliert.

Teilweise mussten Anwohner*innen QR-Codes vorzeigen, um in ihr Viertel zu gelangen. In diesen Bereichen waren auch Menschenansammlungen verboten. Daraufhin wurden Essensausgabestellen, Tagesstationen und Nacht-Auffanglager geschlossen, da die Schlangen vor den Einrichtungen zu lang waren. Zahlreiche Analysen belegen die negativen Konsequenzen für die Zugänglichkeit und Bewegungsfreiheit von Bürger*innen im öffentlichen Raum im Rahmen solcher Sicherheitskonzepte.

5. Einschränkung der Grundrechte

Das sind jedoch nicht die einzigen Einschränkungen von Bürgerrechten. Im Host-City-Vertrag verpflichtet sich die austragende Stadt in Paragraf 50.3, keine Demonstration und keine politische, religiöse Propaganda zu erlauben: "No kind of demonstration or political, religious or racial propaganda is permitted in any Olympic sites, venues or other areas."

Das IOC greift also in die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger*innen ein, darunter das Demonstrationsrecht, die Versammlungsfreiheit, die freie Meinungsäußerung, Datenschutz und das Recht auf Anonymität in der Öffentlichkeit. Solche Vorkehrungen wurden in den Austragungsstaaten meist durchgesetzt, ohne davor öffentlich diskutiert zu werden. Vieles davon bleibt nach den Spielen bestehen, wie zum Beispiel Gesichtserkennungstechnologien in London.

6. Rechtliche Fragen

Der Host-City-Vertrag weist aber auch weitere rechtliche Komplikationen auf: Ein Gerichtsurteil des Landesgerichts Darmstadt stellte infrage, ob die Verpflichtungen, die dieser Vertrag einer Stadt auferlegt, mit kommunalrechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbar sind. Insbesondere die umfangreichen Sonderrechte für das IOC könnten als sittenwidrig eingestuft werden. Außerdem könnten mögliche finanzielle Risiken, die nicht transparent kommuniziert werden, gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im kommunalen Haushaltsrecht verstoßen und deshalb rechtlich angefochten werden.

Auch der Markenschutz des IOC ist fragwürdig konzipiert: Begriffe wie „Olympia“ oder „olympisch“ dürften ohne Zustimmung des IOC nicht genutzt werden. Diese Einschränkung des Sprachgebrauchs ist möglicherweise nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar. Ebenjenes verbietet auch den Einsatz der Armee im Inland, der im Sicherheitskonzept der olympischen Spiele gefordert werden könnte. Strenggenommen wäre also eine Änderung des Grundgesetzes nötig.

7. Demokratische Mitbestimmung

Auch das fehlende Mitspracherecht der Bevölkerung ist sowohl ein rechtliches als auch soziales Problem. Nach einem Ratsbeschluss gibt es keinerlei Einflussmöglichkeiten der Stadtbevölkerung mehr. Gegen Entmietung, Neubau oder andere Einschnitte mit großen Auswirkungen auf die Münchner Bevölkerung, hätte die Zivilgesellschaft nach einem positiven Ratsbeschluss keinen Einfluss mehr.

8. Fazit

Finanziell wäre eine Bewerbung für die Olympischen Spiele ein absolutes Desaster für München. Weder kurz- noch langfristig ist damit zu rechnen, dass die Kosten wieder in den städtischen Haushalt fließen.

Das Argument, dass die Spiele ein Gewinn für die Infrastruktur und den Wohnungsbau wären, ist nicht haltbar, da die Stadt ohnehin die Kosten trägt und ohne die Spiele sehr viel gezielter investieren könnte. Aus einer ökologischen Sicht sind globale Großveranstaltungen, wie die Olympischen Spiele per Definition nicht nachhaltig, auch wenn sie noch so schöngerechnet werden. Und unterhaltsamer Sport und das bisschen Ankurbeln des Tourismus rechtfertigen in keinsten Weise die grundrechtlichen Eingriffe in die Stadtgesellschaft und schon gar nicht die Verdrängung von Menschen, die ohnehin schon am Rande der Gesellschaft leben.

Insgesamt ist eine Bewerbung also aus finanzieller, stadtplanerischer, ethischer, rechtlicher, sozialer und ökologischer Sicht abzulehnen.



Die Linke

im Münchner
Stadtrat

Die Linke

im Münchner
Stadtrat

5 Ringe –

7 Gründe

gegen Olympia

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de